



Menschen besser vor Unrecht schützen

dpa | Meldung vom 2021



Klasse 4

Berlin (dpa) - Das blau-rote T-Shirt sieht prima aus. Es hat auch die richtige Größe und kostet nur ein paar Euro. Dann ist das ja ein super Kauf! Oder vielleicht doch nicht unbedingt?

Denn das schöne T-Shirt könnte unter hässlichen Bedingungen hergestellt worden sein. In manchen Fabriken in Asien müssen die Arbeiterinnen und Arbeiter zum Beispiel ewig lange Stunden nähen, noch dazu in heißen und staubigen Räumen. Manchmal werden sogar Kinder zur Arbeit gezwungen oder Menschen, die von der Regierung in Gefängnissen eingesperrt wurden. Das aber verstößt gegen Menschenrechte, die eigentlich überall auf der Welt gelten sollen.



Ein neues Gesetz soll in Zukunft Veränderungen bringen. Es heißt Lieferkettengesetz und wurde jetzt vom Deutschen Bundestag beschlossen. Lieferkette meint den Weg eines Gegenstandes vom Anfang der Herstellung bis zum Verkauf am Schluss.

"Das Gesetz kann Angestellten in Firmen auf der ganzen Welt helfen", sagt die Expertin Katharina Koch.

"Deutsche Unternehmen müssen nun darauf achten, dass ihre Zuliefer-Firmen im Ausland die Menschenrechte einhalten", erklärt sie.

Tun die das nicht, müsse das Unternehmen klarmachen, dass der Zulieferer das ändern muss. Im letzten Schritt würde das sogar heißen, keine Waren von dieser Firma mehr zu kaufen. "Das Gesetz soll auch verbotene Kinderarbeit verhindern", sagt Katharina Koch.

Über das Gesetz war lange gestritten worden. Viele Unternehmen in Deutschland waren dagegen. Sie meinen, es wäre zu kompliziert, die Lieferkette zu kontrollieren. Außerdem würden Waren dadurch teurer. Fachleute etwa für Menschenrechte meinen dagegen: Das Gesetz hilft Arbeiterinnen und Arbeitern noch nicht genug. Die Regeln müssten strenger sein. Ein zuständiger Minister freute sich dagegen im Bundestag: Das sei ein wichtiges Gesetz für mehr Gerechtigkeit zwischen Reich und Arm.